4

Sozialistische Beiträge **Köln - Bonn**

Habermas – Vietnam: kein zweiter Koreakrieg – Zur Friedensstrategie der USA
Zum Verbot der KPD – Ethik und Revolution – Herrenvolkpolitik in Rhodesien
TV-Fazit: Fröhlicher Stumpfsinn am Wochenende – Aufruf zum Ostermarsch 1966

pazit

0,50 DM

Aufruf zum Ostermarsch 1966

Die Menschheit muß dem Krieg ein Ende setzen, sonst setzt der Krieg der Menschheit ein Ende. Krieg in Vietnam, Krieg um Kaschmir, Kriegsgefahren in anderen Teilen der Welt erinnern an die Wahrheit dieses Satzes.

Quer durch die politischen Systeme wird heute anerkannt, daß Abrüstung erreicht werden muß, wenn die Gefahr der Selbstvernichtung der Menschheit ausgeschaltet werden soll. Wissenschaftler und Politiker, die Versammlung der Vereinten Nationen, der Weltkirchenrat und die internationale Gewerkschaftsbewegung mahnen zu einer Haltung, die auch Papst Paul VI. vor der UNO ausgesprochen hat: „Niemals mehr Krieg! Es ist der Friede, der das Schicksal der Völker und der Menschheit bestimmen muß!"

Dennoch geht der Rüstungswettlauf weiter. Neue Mächte streben nach Besitz oder Verfügungsgewalt über atomare Vernichtungswaffen. In allen industrialisierten Nationen wird ein hoher Anteil der Volkseinkommen für den Rüstungsetat verbraucht und damit sozialen und kulturellen Aufgaben entzogen.

Die Steigerung der Rüstung und die Einbeziehung in atomare Waffensysteme schaffen gerade in jenen Gebieten erhöhte Kriegsgefahr, die an den Nahtstellen unterschiedlicher politischer Systeme, an den Berührungspunkten der Machtblöcke liegen. Der Krieg in Vietnam zeigt, welche Folgen eine Politik militärischer Stärke in Gebieten politischer Spannungen hat.

Angesichts dessen wird heute, wiederum quer durch die politischen Systeme, immer dringlicher die Forderung gestellt, in begrenzten Räumen Sicherheit durch Rüstungsbeschränkung und Rüstungsabbau zu schaffen. Regionale Rüstungsbeschränkung kann Wege zur politischen Lösung bestehender Konflikte ebnen und Möglichkeiten einer allgemeinen und weltweiten Abrüstung eröffnen, ohne dieser oder jener Seite einseitige Vorteile zu verschaffen.

Dies trifft insbesondere für Mitteleuropa und für Deutschland zu. Hier liegt einer der Krisenherde der Weltpolitik, in denen der Rüstungswettlauf zu einem dritten Weltkrieg führen kann. Ein Krieg in Mitteleuropa wäre das Ende der Existenz unseres Volkes. Die Vernunft gebietet gerade uns Deutschen eine Politik der friedlichen Lösungen, des Verhandelns, der Sicherheit durch Abrüstung. Die Regierung der Bundesrepublik hingegen hat bisher weder eigene Initiativen zur Abrüstung entwickelt, noch Abrüstungsvorschläge, die von Politikern aus Ost und West für Mitteleuropa vorgelegt wurden, auch nur zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht. In unverantwortlicher Weise wurde von den führenden Politikern der Bundesrepublik jede ernsthafte Bemühung um eine europäische Sicherheitspolitik unterlassen. Stattdessen wurde in der Bundesrepublik eine Politik betrieben, die auf Verfügungsgewalt über Atomwaffen hinzielt, den Rüstungswettlauf steigert und mit Notstandsgesetzen verfassungsmäßige Grundrechte abbaut. Führende Politiker der Regierungspartei haben damit gedroht, daß die Bundesrepublik ihren Verzicht auf eigene Produktion von Atomwaffen wieder rückgängig machen könnte. Diese Politik hat Fortschritte der internationalen Rüstungsbeschränkung blockiert, so etwa ein Abkommen gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen; sie hat zugleich die Kriegsgefahr in Mitteleuropa gesteigert.

Wir können uns mit dieser Entwicklung nicht abfinden. Wir stimmen dem Deutschen Gewerkschaftsbund, kirchlichen, anderen gesellschaftlichen Gruppen und jenen deutschen Politikern zu, die fordern, daß die Bundesregierung eigene Schritte für eine Politik der Abrüstung unternimmt. Die Kampagne für Abrüstung hat mit ihrem „Sofortprogramm für Sicherheit durch Abrüstung in Mitteleuropa" beschrieben, wie die verantwortlichen Politiker der Bundesrepublik den verhängnisvollen

Fortsetzung auf der 3. Umschlagseite

Herausgegeben vom SDS Köln und Bonn
Verantwortlich: Enno Bussmann
Anschrift der Redaktion: Gunnar Matthiessen, 5 Köln-Dellbrück, Anemonenweg 8
Vertrieb: Willi Meeger, 5 Köln-Sülz, Schleidener Straße 12
Anzeigen: Karl-Heinz Rüpprich, 5 Köln-Weidenpesch, Scheinerstraße 58
Umbruch: Gisela Imhorst
Druck: Druckerei Monheim, Köln
„facit" erscheint fünfmal im Jahr
Jahresabonnement 2,– DM und Zustellgebühr

Habermas - eine Kritik

Empirische Soziologie verhält sich in Theorie und ihrer praktischen Anwendung herrschaftskonform. Mit ihrer Methode hat sie sich längst der Möglichkeit kritischer Reflexion über den Zustand der Gesellschaft begeben. Ihr Verzicht, Herrschaftsverhältnisse in Frage zu stellen, ist nicht allein Konsequenz ihrer angewandten Methode, sondern zählt zur ersten Forderung ihrer Theorie überhaupt. Habermas hält gegen das Dogma der empirischen Soziologie an dem von der Philosophie an die kritische Theorie vererbten Anspruch fest, daß die bloßen Fakten, die empirisch aufgesammelt werden, nicht schon die einzig gültige, die Wahrheit schlechthin sind. Jene Absicht aber, die bloßen gesellschaftlichen Erscheinungsformen nicht mit ihrem Wesen zu verwechseln, rechnet für den Positivismus zur metaphysischen, d. h. irrationalen Spekulation. Wahr für ihn ist allein, was empirisch verifizierbar ist. Dagegen alles, was sich dem wissenschaftlichen Zugriff nicht exakt fügt, zählt zum ewig Gestrigen, zur puren Spekulation, ist „Leerformel".[1] Empirisch festgemacht wird z. B. ein aggressives soziales Verhalten, durch Interviews, durch Experimente oder kontrollierte Beobachtung. Das Resultat setzt die Statistik, die die gesammelten Daten nach Durchschnittswerten abtastet. Die Theorie, die dann zur Auswertung sich begibt, friert die Durchschnittswerte auf einen Punkt zusammen: aggressive Züge werden als elementares soziales Verhalten ausgerufen und als ein primäres Wesensmerkmal menschlicher Natur.[2] Die Erscheinung der Aggression wird zum Wesen abgestempelt. Es ist unveränderbar, allerhöchstens methodisch noch genauer zu bestimmen. Kritische Theorie verweigert die Zustimmung zu solcher Methode. Sie sieht den einzelnen nicht als isolierbare Größe, sie sieht aber auch mehr im Individuum, als daß es durch Erziehung und Milieu bestimmt und determiniert sei[3], sie versucht in seinem Verhalten gesellschaftliche Zusammenhänge aufzuspüren, sie fragt nach psychischen Reproduktionen sozialer Einflüsse. Am Beispiel: keineswegs wird die Feststellung von Aggression zur ewigen Natur verabsolutiert, sondern begriffen als etwas, das durch Geschichte und die gesellschaftliche Struktur erst produziert wurde. Der Empirie wirft sie vor, daß sie geschichtlich und gesellschaftlich verdinglichte Erscheinungsformen abstrakt setzt, sie für sich nimmt, ohne nach ihrer Herkunft zu fragen. Empirie fragt nicht nach gesellschaftlicher Qualität ihrer Objekte, sie verfügt so über ihre Daten, als hätten sie keinen Wert im gesellschaftlichen Strukturzusammenhang. Für wertneutral halten sie nicht nur sich selbst, sondern auch ihre Gegenstände, als ob man sich willkürlich an einen archimedischen Punkt außerhalb der Gesellschaft stellen und sein Bewußtsein reini-

ANTIQUARIAT - HORST NIBBE

Europäische Klassik und Romantik - frühe Gesamtausgaben -
Erstausgaben des Expressionismus
Zeitschriften und Bücher der Avantgarde
Kunstbücher und illustrierte Bücher

Kolumbastraße 2 = An der Kolumbakirche

gen könnte von gesellschaftlich präformierten, unmittelbaren impliziten Werten und als ob die Komplexität der sozialen Wirklichkeit willkürlich in einzelne Bruchstücke zerlegbar wäre. Denn Begriffe wie Struktur, Geschichte und Dialektik werden von ihm verabscheut, zur Seite tiefster Mythologie geschlagen. Diese Begriffe lassen nicht einfach sich in empirische Daten zusammenfassen, sie verlangen nach Reflexion. „Demgegenüber gewinnt die Soziologie, die sich ihre eigene historische Herkunft aus dem objektiven Zusammenhang von Interessen, Ideologien und Ideen bewußt macht, eine Dimension der Kritik auf hermeneutischem Wege: die Dogmatik der gelebten Situation wird nicht durch Formalisierung ausgeschieden, sie läßt sich nicht entäußern, sondern nur von innen her, gleichsam im Gang durch eine Identifikation mit den geltenden Traditionen hierdurch, aufbrechen und überholen. Kritische Soziologie in unserem Sinne ist daher nur als historische möglich." [4]) Den Sinn einer Gesellschaft ermittelt diese Theorie durch vorgängiges Einverständnis mit ihr. Sie nimmt ihre Absichten und Ziele ernst, um schließlich das Prätendierte mit dem Erreichten zu vergleichen. „Sie nimmt den prätendierten Sinn der bestehenden Einrichtungen beim Wort, denn noch wo es utopische Worte sind, erschließen diese, realistisch verstanden, am Bestehenden das, was es n i c h t ist." Das Subjektive wird nicht einfach übersprungen und geleugnet, es wird aus dem objektiven Interessenzusammenhang der Gesellschaft erklärt. Kritik kann nicht im Psychologischen, sondern allein als Vermittlung durch die objektive Situation der Gesellschaft selbst erklärt werden. Der Bruch zwischen diesen beiden verschiedenen Theorien wirkt sich auf ihre praktische Anwendbarkeit aus. Empirie muß sich auf technische Anweisungen beschränken, die allemal nicht an der Gesellschaft tasten, sondern sich in ihr als vorgegebenem Rahmen halten. Ihre empfohlene technische „Rationalität" wirkt sich herrschaftsstabilisierend aus. Wesentliches Kriterium ist ihr, wie die Gesellschaft möglichst reibungslos funktioniert, wie sie sich am besten, wo noch Lücken sind, organisieren läßt. Der Feststellung der Agression folgt nicht allein die Schlußfolgerung, daß Auschwitz ein Naturübel sei, sondern auch die verschwiegene, aber naheliegende, daß Aggression nur durch Zwang kontrollierbar ist. Kritische Theorie, die die Fähigkeit des Menschen zu vernünftigem Denken und zur kritisch rationalen Selbstbestimmung festhält, befragt die gesellschaftlichen Voraussetzungen nach der Möglichkeit dazu. Da sie Aggression nicht frei weg als Naturübel setzt, sondern als Reproduktion gesellschaftlicher struktureller Gesetze versteht, bleibt die Voraussetzung für die Überwindung der Aggression die Veränderung der Gesellschaft selber. Von ihrem Prinzip her ist sie revolutionäre Theorie, erscheint bei Habermas allerdings in reduzierter Form. An der Emanzipation der Gesellschaft von Herrschaft wird zwar festgehalten, mit der Tendenz jedoch zum Widerspruch, der in der Wirklichkeit selber gründet. [1]) „Wir können Geschichte nur in dem Verhältnis machen, in dem sie uns als machbare entgegenkommt. Insofern gehört es zu den Vorzügen, aber auch den Verpflichtungen einer kritischen Sozialwissenschaft, daß sie sich ihre Probleme von ihrem Gegenstand selbst stellen läßt." [5]) Hier deutet sich ein Rückzug in den Positivismus an, zumindest Habermas resigniert an der mangelnden Möglichkeit zur Revolution, in dem er diese überhaupt aufgibt. „Unter diesen Verhältnissen hat sich der Träger einer künftigen sozialistischen Revolution, das Proletariat, als Proletariat aufgelöst." Objektiv zwar, nach der Stellung im Produktionsprozeß, aber nicht subjektiv durch politisches Bewußtsein sei Proletariat. Dieser Fehlbetrag in der subjektiven Komponente führt zu: „Jede revolutionäre Theorie entbehrt unter diesen Umständen ihres Adressaten ... so müßte Marx seine Hoffnung, daß auch die Theorie zur materiellen Gewalt werde, sobald sie die Massen ergreift, heute fahren lassen." [6]) Kein Sozialist, der es einigermaßen ernst meint, wird heute unkritisch von einer prärevolutionären Zeit sprechen, sollte aber jene positivistische Verabsolutierung vermeiden, zu der Habermas neigt. Hier werden die Probleme am Gegenstand ausgerichtet, aber im schlechten Sinn. Keineswegs fehlt schon der Adressat, wenn dessen politisches Bewußtsein verdinglich ist. Hier geht es um die Methode vorerst, nicht um die tatsächlichen Möglichkeiten einer praktisch relevanten Aufklärung. Mit seiner Feststellung aber löst Habermas hier den Bezug der Theorie zur Praxis unter der Hand auf. Wenn Theorie nicht mehr in materielle Gewalt umsetzbar ist, ihre Möglichkeit, in praktische Anwendung umzuschlagen, leugnet, zieht sie sich esoterisch in sich selbst zurück und verneint auf die Dauer ihre Existenzberechtigung und -fähigkeit überhaupt. Dieser drohenden Konsequenz entzieht Habermas sich, da er an Stelle der revolutionären eine gleichsam evolutionäre [7]) Theorie setzt. „Geschichtsphilosophie fingiert die geschichtlichen Subjekte als das mögliche Subjekt der Geschichte ... Von der Warte der Fiktion aus enthüllt sich nämlich die Situation in ihren für den praktischen Zugriff empfindlichen Ambivalenzen, so daß sich eine belehrte Menschheit dann auch zu dem erheben kann, als was sie zunächst nur fingiert war." [8])
In Verlust gerät hier die Frage nach den objektiven Möglichkeiten, sind die subjektiven einmal gesichert. Zu vermuten bleibt, daß die Theorie schließlich doch in materielle Gewalt umschlagen muß, sind die subjektiven Faktoren einmal gegeben.

„S t r u k t u r w a n d e l d e r Ö f f e n t l i c h k e i t" Luchterhand-Verlag.

In der Kritik der Öffentlichkeit als zentraler Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft wird die Kritik an dieser selbst transparent. Ihre Entstehung ist unlösbar verbunden mit dem Aufstieg der bürgerlichen Gesellschaft. Mit der Einrichtung der Öffentlichkeit wird auf die Emanzipation der Gesellschaft vom Staat abgezielt. Öffentliche Meinung übernimmt in dieser Polarität die Funktion der Vermittlung. Im politischen Bereich wird sie zum gesellschaftlichen Organisationsprinzip, konkret in ihrer politischen Institutionalisierung, dem Parlament. Mit ihm soll der Zusammenhang von Öffentlichkeit mit öffentlicher Gewalt gestiftet werden, zugleich aber auch die Trennung. Erst wenn der Staat mittelbar in die bürgerliche Gesellschaft trägt, was aus dieser via privater und politisch institutionalisierter Öffentlichkeit ihm angetragen wurde, wenn also die ökonomischen Privatinteressen vom Staat bündig reproduziert werden, stellt sich die Interessenidentität von Gesellschaft und Staat her, wird aber auch die geforderte Notwendigkeit der Trennung beider überfällig. Denn nicht per se, sondern erst mit der Besetzung polischer Positionen leistet bürgerlicher Rechtsstaat den privatökonomischen Interessen voll genüge. Damit entfällt die Polarisation von Staat und Gesellschaft, deren ethische Begründung von vornherein nur Anhängsel war. Darüber hinaus zwang die innere Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Produktionsweise in ihrer geschichtlichen Entwicklung das Bürgertum alsbald, sich von ihrer Idee der Öffentlichkeit abzusetzen. Vorausgesehen war nicht die Akkumulation des Kapitals, die das breitgestreute Privateigentum zunehmend zu oligopolem verformte. Im privatwirtschaftlichen Interessenkonflikt der Konkurrenz regulierte sich der Kapitalismus keineswegs selbst. Der Staat mußte intervenieren, um die inneren und äußeren Widersprüche, in der der Kapitalismus sich verstrickte, zu glätten, allerdings immer im Interesse des Kapitals. Die Vorstellung von einem nur administrativen Staat wich alsbald der blanken Wirklichkeit und erwies sich als das, was sie von Anfang war: als Ideolo-

HUBERT FREISTÜHLER

Versandbuchhandlung – Antiquariat

5840 SCHWERTE 1, POSTFACH 124

Joseph-von-Eichendorff-Straße 1 – Ruf 34 60

Interessenten erhalten kostenlos und unverbindlich meine Bücherlisten über Philosophie, Religionskritik, Freidenkertum, Atheismus, Marxismus, Sozialismus, Politik, Geschichte, Literatur u. a. Wissensgebiete.

gie. Zu dem, daß Öffentlichkeit sich als unfähig erwies, die inneren Widersprüche zu regeln, trat auch der Anspruch der Nichtbesitzenden, der Arbeiter und bankrotten Kapitalherren, an der Öffentlichkeit teilzunehmen. Analog dem Ruf nach dem Staat erklang der nach Kontrolle und Einschränkung der Öffentlichkeit. Denn funktionieren mußte sie nur solange, als der Staat politisch different war vom herrschenden gesellschaftlichen Interesse, konnte sie nur, solange sie dessen Monopol sicherte. Die Gefahr, daß gesellschaftliche Antagonismen Eingang in sie finden, drängte zu ihrer Liquidierung oder gediegenen Absicherung. „Der Interventionismus (des Staates) entspringt einer Übersetzung solcher Interessenkonflikte, die nicht mehr innerhalb einer Privatsphäre allein ausgetragen werden können, ins Politische." Konsequenz dieser „seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts wirksamen Tendenzen zur Verschränkung von Staat und Gesellschaft" ist: „die ökonomischen Voraussetzungen für eine entpolitisierte Gesellschaft sind entfallen." Diese Voraussetzungen hat es trotz soziologisch weitgestreuten Privateigentums real nie gegeben, nur in der Ideologie. Die Trennung von Staat und Gesellschaft war ebenso fiktiv wie die Autonomie der Kleinfamilie von dieser. Ihre vorgestellte Autonomie büßte die Familie durch den Staat ein, der im Zuge der Intervention auch gesellschaftlich private Fürsorge übernahm. „Die einzelnen Familienmitglieder werden nun in höherem Maße von außerfamilialen Instanzen von der Gesellschaft unmittelbar sozialisiert. Daher erhält sich private Autonomie nicht so sehr in dispositionellen als in konsumptiven Funktionen." Diese Umwertung vom Räsonnement zum Konsum wiederholt sich in der Öffentlichkeit. Die Verschränkung von Staat und Gesellschaft bewirkt aber per se nicht die Konsumhaltung, sondern erst der antagonistische Charakter der Gesellschaft, der sich nicht so unversehens in einen Pluralismus formalisieren läßt. Wider vorgängige Feststellung abstrahiert Habermas zum Schluß den Staat undialektisch zu einer politischen Größe, die durch den Eingriff in die Gesellschaft eine vermittelnde Funktion für Habermas übernimmt, die Aufgabe, den nun zum Pluralismus verwässerten Antagonismus zu neutralisieren. „Die industriell fortgeschrittenen Gesellschaften haben, auf einem hohen und immer weiter erhöhten Stand der Produktivkräfte, eine Expansion des gesellschaftlichen Reichtums erreicht, angesichts derer die Erwägung nicht unrealistisch ist: daß ein fortbestehender, wenn nicht gar vielfältiger Pluralismus der fortbestehenden Interessen die antagonistische Schärfe konkurrierender Bedürfnisse im Maße der absehbaren Möglichkeiten ihrer Befriedigung verlieren kann. Das allgemeine Interesse besteht demnach darin, die Bedingungen einer Gesellschaft im Überfluß beschleunigt herbeizuführen."

Die Annahme, daß der Antagonismus seine Schärfe durch Bedürfniswidersprüche erführe und die bereinigt würden durch Sättigung des Bedürfnisanspruchs, macht die „vorgesellschaftliche" Kategorie des Mangels verantwortlich für den gesellschaftlichen Konflikt selbst. Angenommen daß sich durch die kapitalistische Produktionsweise Überfluß erreichen ließe, bleibt die Konsequenz, er setze von dem gesellschaftlichen Antagonismus frei, wesentlich formal. Der Entwicklungsstand der industriellen Produktivkräfte wird für Habermas zum entscheidenden Kriterium für Freiheit, nicht mehr deren gesellschaftliche Anwendung. Auch bleibt die Möglichkeit eines tatsächlichen Überflusses – wie Habermas annimmt – unter kapitalistischem Vorzeichen ziemlich ausgeschlossen. Folge von Überfluß ist prinzipiell, daß die Nachfrage nicht gesteigert werden kann – die reibungslose Zirkulation von Produktion und Konsum wird bei Versagen des einen Parts gestört. Gesättigter Konsum macht die Realisierung von Profit und damit die ungestörte Kapitalakkumulation unmöglich. Zur Vermeidung von dieser Art gesellschaftlichen Überflusses wird Kapitalüberschuß, der durch einen Grad von Sättigung erst entstand, in die Rüstung abgeleitet. Habermas erledigt dieses Problem in seinem Buch mit einem einzigen Satz: „Mit den technischen Mitteln der Bedürfnisbefriedigung wachsen andererseits auch die der Zerstörung." Diese Vernachlässigung der ökonomischen Voraussetzungen hat ihren Ursprung in seiner Theorie von der Verschränkung von Staat und Gesellschaft. Bei zunehmender Verschränktheit gewinnt der Staat dennoch immer größere Abstraktheit von den realen gesellschaftlichen Bedingungen. Scheinbar sozialpolitisches Verhalten entspringt der Notwendigkeit, im Interesse des Kapitals die Gesellschaft zu kontrollieren. Die Vermittlungsfunktion des Staates ist eine fiktive, mit der die Regulierung der Gesellschaft gerechtfertigt wird. Die ökonomischen Interessen haben sich in weitem Maße zu „außergesellschaftlichen" politischen Institutionen verfestigt, an die Gesellschaft herangeführt werden soll. Habermas dagegen unterstellt eine andere Abstraktheit des Staates. Dessen politische Institutionen erhalten bei Habermas eine in sich schlüssige Autonomie: das Politische hat sich nicht nur von seinem Ursprung befreit, dem ökonomischen Zusammenhang der Gesellschaft, sondern wird zur ersten Natur, aus der Ökonomisches sich erst ableitet. Politische Ökonomie wird damit hinfällig. Die Verschränkung von Staat und Gesellschaft führt bei Habermas daher nicht zur Einsicht, daß Ökonomie endgültig in abstrakter Form durch die politischen Institutionen der Gesellschaft als „Naturzustand" vorgegeben wird, sondern daß Ökonomie durch Politik liquidiert wurde, einer Politik allerdings, die ihren Ursprung leugnet und daher formal bleibt. „Die für die liberale Phase der kapitalistischen Entwicklung typische ‚Trennung' von Staat und Gesellschaft ist im organisierten Kapitalismus zugunsten einer wechselseitigen Verschränkung aufgegeben ... Wenn sie (Gesellschaft) sich aber nicht mehr als die dem Staat voraus und zugrunde liegende Sphäre autonom konstituiert, stehen Staat und Gesellschaft nicht länger in dem klassischen Verhältnis von Überbau und Basis. Eine Betrachtungsweise, die die ökonomischen Bewegungsgesetze der Gesellschaft methodisch zunächst einmal isoliert, kann nur solange beanspruchen, schlechthin den Lebenszusammenhang der Gesellschaft in seinen wesentlichen Kategorien zu erfassen, als Politik von der ökonomischen Basis abhängig ist, und diese nicht umgekehrt als eine Funktion der mit politischem Selbstbewußtsein ausgetragenen Konflikte begriffen werden muß."

Die Dialektik von Gesellschaft und Staat wird zum Ende von Habermas nicht nur aufgelöst, sondern implizit auch als je existent geleugnet. Denn andernfalls, wie ließe sich die politische Sphäre so unversehens absolut und ungeschichtlich zur primären Natur setzen.

Die Kritik am theoretischen Resultat schlägt keineswegs auf die Theorie von Habermas insgesamt zurück. Vielfach ermöglicht sie erst die Kritik, die sich selbst noch auf Habermas berufen könnte.

Gunnar Matthiessen

---

[1]) Jürgen Habermas, Analytische Wissenschaftstheorie und Dialektik, in „Zeugnisse", Adorno zum 60. Geburtstag, Europäische Verlagsanstalt 1963
auch in „Logik der Sozialwissenschaften", Kiepenheuer 1965.

[2]) Begriff von Ernst Topitsch, vgl. Sozialphilosophie Luchterhand 1961.

[3]) vgl. die Theorie der Verhaltensforschung, in Deutschland besonders Lorenz, in Amerika Skinner. Homans möchte soziale Phänomene in physiologischen Begriffen darstellen; Parson z. B. dagegen soziologische, d. h. objektiv-gesellschaftliche, und psychologische, d. h. seelisch-individuelle Ereignisse begrifflich miteinander verschmelzen. Ohne Rücksicht also auf Unterschiede soll das Individuum zumindest endgültig der Gesellschaft eingepaßt werden.

[4]) **Jürgen Habermas, Theorie und Praxis. Luchterhand 1963,** S. 229, Anm. 1.

[5]) Jürgen Habermas ebd. S. 229.

[6]) vgl. „Spiegel" Nr. 53, Dezember 1965, Der Mensch und seine Instinkte, über Verhaltensforschung.

[7]) Zeugnisse, S. 483.

[8]) Theorie und Praxis, S. 164 ‚Habermas' Kritik an Marx und besonders dessen Theorie über den tendenziellen Fall der Profitrate müssen gesondert behandelt werden.

[9]) Theorie und Praxis, S. 213.

[10]) Strukturwandel, a.a.O., S. 159, Tatsächlich ist die Verschränkung von Staat und Gesellschaft tendenziell, keineswegs aber volle Wirklichkeit. Habermas unterschlägt, daß es sich hierbei um eine idealtypische Annahme handelt, die z. B. die Wirklichkeit der BRD und Amerikas keineswegs voll trifft. Um aber die Kritik nicht schon an der Prämisse scheitern zu lassen, wird dieses Modell ernst genommen und auf dessen immanente Widersprüche hingewiesen.

[11]) Strukturwandel, S. 174.

[12]) Ebd. S. 254.

[13]) Theorie, S. 162, vgl. auch S. 82, 172. Wenn Habermas das Verhältnis von Staat und Gesellschaft aufgelöst sieht und das zwischen Ökonomie und Politik im selben Zuge umgekehrt, entfällt überdies der marxistische Begriff der Ideologie, dem die konkrete Basis entzogen ist. In Bezug auf eine höchst abstrakt-politische Ebene erhielte er einen funktionslosen Charakter, über den seine Stellung in der Gesellschaft selbst nicht mehr ermittelt werden könnte.

„Juristische" Aspekte zur Aufhebung des KPD-Verbots

„Mit den Möglichkeiten der Ausräumung der juristischen Gründe für die Aufrechterhaltung des KPD-Verbots will ich mich nicht befassen. Ich glaube, man muß das den Juristen überlassen." (Robert Havemann, „Die Partei ist kein Gespenst", Plädoyer für eine neue KPD, DER SPIEGEL 52/65 S. 30)

Havemanns Katalog entscheidender Gründe für die Wiederzulassung der Kommunistischen Partei Deutschlands ist bereits so umfassend, daß sich Wiedergabe erübrigt. Kenntnis dieses Artikels bei „facit"-Lesern vorausgesetzt. Seine im Zitat anklingende Auffassung von Arbeitsteilung zwischen Jurist und Politiker kann hier jedoch nicht unwidersprochen bleiben, werden dadurch doch merkwürdig unmarxistische Vorstellungen vom „Recht", vom Charakter des KPD-Verbots und von dem seiner Aufhebung assoziiert. Schreibt man über Notwendigkeit und Möglichkeit der Aufhebung des KPD-Verbots, so muß klar sein, daß es sich bei dem Verbot um eine juristische Entscheidung handelte und damit um eine – und damit nicht um keine – politische. Um das zu verstehen, wird Recht seines idealistischen Schleiers entkleidet und als „Werkzeug einer geltenden Gesellschaftsordnung" (1), als proklamierendes Protokoll des Wollens der ökonomischen Verhältnisse (2), als „mit Zwang durchsetzbarer Ordnung" (3), als Klassenwert aufgefaßt werden müssen: Recht nicht als ein von Gott oder einer anderen metaphysischen „Größe" delegiertes Unabänderliches, Ewiges, sondern als Ausdruck menschlichen Willens (11), des menschlichen Willens, der aus der dialektischen Spannung verschiedener gesellschaftlicher Kräfte als Sieger hervorgeht und damit deren Ordnungs- = Ver-, An-, Über-, Unterordnungsgedanken = Rechtsgedanken widerspiegelt (4).

Sieht man sich die verhängnisvollen Auswirkungen des KPD-Verbots für den vom GG allem Anschein nach intendierten sozialen Rechtsstaat an, so wird der Zweck-Charakter des Rechts, des Verbots deutlich; entpuppen Äußerungen so bezeichneter Fortschrittlicher unter den Herrschenden – KPD-Verbot = unglücklich – sich als Heuchelei, da sie meinen – KPD-Verbot = zwecklos oder damit den Zweck nicht ganz erreicht –, zeigt ehrliche Entrüstung aus liberalem Kreis über die ‚Entartung', deren beschränkte Einsichtsmöglichkeit in den kapitalistisch unterdrückenden Staat (5). Daraus folgt, daß die Wiederzulassung der KPD nur bei Vorliegen mindestens einer der folgenden zwei Bedingungen erreicht werden kann – es sei denn, Flucht ins Illusionäre, Apell an die „Rechts"staatlichkeit wird unliebsamer Analyse vorgezogen:

1. Die Herrschenden werden gezwungen durch Druck von innen oder von außen. Ein solches Ereignis macht rechtliche Wiederzulassungsüberlegungen überflüssig. Abgesehen davon ist die ändernde gesellschaftliche Kraft in einem Staat, in dem Gewerkschaften und SPD zu integrierten Bestandteilen dieses Staates geworden sind und sich damit zwangsläufig an Anti-Kommunismus zu übertreffen suchen, nicht in Sichtweite.

2. Die Herrschenden kommen zu der „Einsicht" – sei es, um lädiertes bürgerlich-demokratisches image zu retten, sei es, um die Spaltung der, historisch gesehen, Arbeiterpartei zu erreichen, sei es aus ähnlichen Motiven –, daß sich eine KPD zu leisten lohnt, um sich ihres am Profitdenken orientierten Jargons zu bedienen.

Hätte man in diesem Falle eine mit Verfassung und Gesetzen korrespondierende Argumentation?

Es gibt keine Form, die es dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) ausdrücklich ermöglicht, nach einer gewissen Zeit die Erklärung der Verfassungswidrigkeit einer Partei in einem neuen Verfahren zu überprüfen. Heißt das nun, daß solche Entscheidungen des BVerfGs gänzlich irreparabel sind? So der hehre Kronjurist der SPD, Dr. Adolf Arndt, der leider in entscheidenden Fragen allzuoft versagt hat (Politisches Strafrecht, Verjährungsverlängerung, Notstandsgesetze usw.). „Die Änderbarkeit ist logische Folge einer Normsetzung im Bereich einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Es ist das Wesen einer Setzung, daß sie aufgehoben werden kann." (6) Kurz vorher führt Beyer aus: „Im Falle der Grundrechtsverwirkung nach Art. 18 des Grundgesetzes kennt das Bundesverfassungsgerichtsgesetz (BVerfGG) ausdrücklich solche Unterschiede und zeitliche Begrenzungen der Entscheidung. Gerade diese Vorschriften bewähren die freiheitliche demokratische Grundordnung. Es geht nun nicht an, das Schweigen des Gesetzgebers im Falle der Erklärung einer Partei als verfassungswidrig so auszulegen, als ob hier eine andere freiheitliche demokratische Grundordnung obwalten würde, als im Fall der Grundrechtsverwirkung." Übrigens kann nach Meinung eines der bedeutendsten Kommentatoren des BVerfGG – und das unterstützt die Möglichkeit der Reparabilität – eine Entscheidung des BVerfG durch eine Entscheidung desselben Senats, der sie erlassen hat, aufgehoben werden. Sonst könnten die Entscheidungen des BVerfG zu einer Fessel des staatlichen Lebens werden.[7]) Auf unseren Fall bezogen blieben beispielsweise der 20./22. Parteitag der KPdSU, Polyzentrismus, Entstalinisierung, Aufgabe des „Nationalen Programms", das schon vor dem Verbot im August 1956 als Konglomerat scheinrevolutionärer Phrasen von der KPD abgelehnt und trotzdem zum Hauptindiz der Verfassungsfeindlichkeit gewertet wurde, unberücksichtigt.

Zur Analogieanwendung des § 40 BVerfGG schreibt der Staatsrechtler Ridder (Universität Gießen), auf des-

Soziologie
Kulturkritik

Wolfgang Abendroth: Erstausgabe 106

Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung

Eine leicht faßliche Darstellung der Geschichte, der politischen Tendenzen und der Unterschiede der Arbeiterorganisationen in Europa.

Theodor W. Adorno: Erstausgabe 10

Eingriffe

Neun kritische Modelle: Wozu noch Philosophie; Philosophie und Lehrer; Notiz über Geisteswissenschaften; Jene zwanziger Jahre; Prolog zum Fernsehen; Fernsehen als Ideologie; Sexualtabus heute; Aufarbeitung der Vergangenheit? Meinung Wahn Gesellschaft.

Roland Barthes: Erstausgabe 92

Mythen des Alltags

Phänomene des alltäglichen Lebens werden analysiert: Intellektuellen-Jargon, Reklame, Konventionen, die Form eines Autos, Eßgewohnheiten etc.

Walter Benjamin: 103

Zur Kritik der Gewalt u. a. Aufsätze

Nachwort von Herbert Marcuse. Inhalt: Über das Programm der kommenden Philosophie; Zur Kritik der Gewalt; Schicksal und Charakter; Geschichtsphilosophische Thesen; Theologisch-politisches Fragment.

Maurice Dobb: Erstausgabe 166

Organisierter Kapitalismus

Aus dem Inhalt: Der Kapitalismus zwischen den zwei Weltkriegen; Historischer Materialismus und die Rolle des ökonomischen Faktors; Über einige Beispiele zeitgenössischer ökonomischer Theorie; Wirtschaft und Wirtschaftsbegriff im Sozialismus.

edition suhrkamp

sen bisher nur in wenigen Exemplaren vorliegendes Gutachten zur Aufhebung des KPD-Verbots noch nicht eingegangen werden kann: „... es ist eine wichtige juristische Frage, ob man die oben im Zusammenhang mit dem Verfahren der Grundrechtsverwirkung nach Art. 18 GG erörterten Bestimmungen des BVerfGG über die erneute Antragstellung durch die politischen Instanzen analog auf die Behandlung verbotener Parteien anwenden darf. Falls das möglich sein sollte, wäre z. B., da schon mehrere Jahre seit dem Verbot der KPD verstrichen sind, vielleicht ein Antrag der Bundesregierung auf Aufhebung des Verbots der KPD zulässig. Man könnte auch daran denken, daß unter den Begriff der „Ersatzorganisation" (8) nicht mehr die ursprünglich verbotene Partei fällt, sondern nur mehr oder weniger getarnte, der Umgebung des Verbots dienende Surrogate. Falls das richtig sein sollte, würde es bei analoger Anwendung ... für möglich gehalten werden können, daß nach einer gewissen Zeit die ursprünglich verbotene Partei sich in aller Offenheit wieder konstituiert." (9) Sicher ist, daß die KPD sich nicht zu diesem Schritt verführen läßt – und Ridder ist weit davon entfernt, ihr das zu empfehlen –, wäre das doch für die Herrschenden die Gelegenheit zur „Sicherstellung" der kommunistischen Restkader.

Lehnt man eine Analogieanwendung des § 40 BVerfGG ab, so bietet sich m. E. als unbedenklichste Lösung eine Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes an. Spätestens an dieser Stelle erkennen wir die unmittelbare Interdependenz zwischen Recht und herrschender Klasse, ist doch eine im Bundestag zu suchende Mehrheit für eine solche Gesetzesänderung erforderlich. Parenthetisch sei vermerkt, daß die Diskussion um die Wiederzulassung der KPD im Januar/Februar des Wahljahres 1965, als es ein knappes Rennen zwischen CDU/CSU und SPD zu geben versprach, begann, ausgehend oder zumindest wohlwollend unterstützt von den Länderpräsidenten Dr. Meyers (NRW) und Dr. Röder (Saarland), an deren Diäten und Posten die SPD besonders nah heranrückte. Der sonst in dieser Partei übliche militante Antikommunismus mit seinen militaristischen Begleiterscheinungen durfte von diesen beiden zurückgesteckt werden. Eine positive Stellung der SPD erscheint jedoch nicht nur deshalb unmöglich, weil sie das Ausbrechen von auch noch so kleinen Wähler- und Mitgliederschichten befürchten würde, sondern vor allem aus Angst, ihr Verhältnis zur Antikriegs- und Antinotstandsgesetzbewegung überdenken und dann in einem Maß um die Gewerkschaften buhlen zu müssen, das das einer Volkspartei übertreffen würde.

Diese Gesetzesänderung bestünde darin, ein Komma zu streichen und ein „bis" hinzuzufügen. Das zu erkennen ist freilich mehr als makaber für alle Idealisten, die gewohnt sind, Recht von Macht in einen wertfreien Raum zu verabsolutieren, daß das Schicksal einer politischen Partei, die Verfolgung von Zehntausenden von Unschuldigen durch Verfassungsschutz und Politische Partei, Bespitzelung, Ermittlungsverfahren, Abschieben von DDR-Jugend etc., davon abzuhängen scheint.[10]) Denn es heißt in § 47 BVerfGG, daß die Vorschriften der §§ 38, 41 und 42 nicht nur für die Grundrechtsverwirkung nach Art. 18 GG, sondern auch für die Verfassungswidrigkeitserklärung von Parteien gelten sollen. Streicht man in § 47 das Komma zwischen 38 und 41 und setzt an seine Stelle ein „bis", dann bedeutet das, daß auch die Verfassungswidrigkeitserklärung von Parteien nach 2 Jahren auf Antrag des früheren Antragstellers (Bundesregierung) oder Antraggegners (KPD) neu überprüft, teilweise oder ganz aufgehoben werden kann.

So könnte man versucht sein, mit Beyer zu schließen: „Ein altes Sprichwort heißt: wo ein Wille ist, da ist ein Weg. Man kann den Satz umkehren: wo ein Weg ist, da sollte es am Willen nicht fehlen." Ein solch euphorisch-appellierender Schlußsatz – für einen Rundfunkvortrag das taktisch adäquate Mittel – läßt folgende Fragen außer acht: Paßt die Wiederzulassung der KPD in die Pluralismusvorstellungen der SPD, die zu den „Feinden der Freiheit" die KPD zählt, denen Freiheit, konkret Parteitätigkeit, zu untersagen ist – ihren ehemaligen Koalitionspartner in den Länderregierungen nach dem Kriege, einen der Partner beim Buchenwaldschwur, die Hauptkraft im antifaschistischen Widerstand?

Paßt die Wiederzulassung der KPD in eine durch Repression der Notstandsgesetze formierte und durch kapitalistische Produktionsformen ausgebeutete Gesellschaft? judex

[1]) Lauterpacht, Recognition in International Law S. 154.

[2]) Marx, Elend der Philosophie, Dietz 1913 S. 62.

[3]) W. R. Beyer, Recht und Rechtsordnung S. 15, Hain-Meisenheim a. Glan 1951.

[4]) Über den marxistischen Staats- und Rechtsbegriff wird in einer der nächsten Nummern von „facit" ausführlich geschrieben. Dogmatisch klingende Abbreviationen seien diesmal daher erlaubt.

[5]) Dazu: Herbert Marcuse in „Kultur und Gesellschaft I" ed. suhrkamp 101 „Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung".

[6]) W. R. Beyer „Verfassungwidrig für immer?" UKW 2. Progr. 17. 1. 65, Manuskript S. 4.

[7]) Geiger, Kommentar zum Bundesverfassungsgerichtsgesetz zu § 31.

[8]) Zum Begriff der Ersatzorganisation: facit 2, 2 = NJW 61, 2217.

[9]) Ridder, H. K., „Grundgesetz, Notstand und politisches Strafrecht" Eur. Verl. A. S. 34 (s. eine ausgezeichnete Besprechung in der von allen möglichen Behörden in der Schulhierarchie bis Mikat bekämpften Schülerzeitung „cecinius" 11/65 „Limitierte Demokratie" S. 30–52. Durchschnittlich 100 S. stark: Cecinius, 4 Düsseldorf, Ulmenstr. 40, 1,–).

[10]) § 40: Ist die Verwirkung zeitlich nicht befristet oder für einen längeren Zeitraum als ein Jahr ausgesprochen, so kann das BVerfG, wenn seit dem Ausspruch der Verwirkung zwei Jahre verflossen sind, auf Antrag des früheren Antragstellers oder -gegners die Verwirkung ganz oder teilweise aufheben oder die Dauer der Verwirkung abkürzen. Der Antrag kann wiederholt werden, wenn seit der letzten Entscheidung des BVerfG ein Jahr verstrichen ist.
§ 47: Die Vorschriften der §§ 38, 41 und 42 gelten entsprechend.

[11]) Um Irrtümer beim Lesen des Begriffs „Willen" zu vermeiden: „Die Geschichte tut nichts, sie ‚besitzt keinen ungeheuren Reichtum', sie ‚kämpft keine Kämpfe'! Es ist vielmehr der Mensch, der wirkliche lebendige Mensch, der alles tut, besitzt und kämpft; es ist nicht etwa die ‚Geschichte', die den Menschen zum Mittel braucht, um ihre – als ob sie eine aparte Person wäre – Zweck durchzuarbeiten, sondern sie ist nichts als die Tätigkeit des seine Zwecke verfolgenden Menschen." Marx-Engels, Nachlaß II S. 195 „Die Heilige Familie".

Bibliographie:

Abendroth, Wolfgang, „KPD-Verbotsurteil des BVerfG" Zeitschrift für Politik N.F. Bd. III 1955, S. 305–327.

Erweiterter Ausschuß (Initiativ-) für die Amnestie und der Verteidiger in Polit. Strafsachen – Sonderveröffentlichung im Dez. 64 RA und Notar Dr. Haag „Über die Frage der Wiederzulassung der KPD" + RA Dr. Gieseking „Ist die Aufhebung des KPD-Verbots möglich?" (Heidelberg, Hauptstr. 113).

Ridder, H. K., „Kann die KPD in der BRD wieder legalisiert werden?" Gutachten für RA Boehmer (nicht erhältlich).

Dsl. „Streitbare Demokratie" (Rezension des KP-Urteils) Neue Politische Literatur Jg. 11, 1957 Sp. 351 ff.

„Wie hält man's mit der KPD?", HWK in Kölner Stadt-Anzeiger 28. 1. 65.

Czymek, Heinz W., 1000 Stellungnahmen zur Aufhebung des KPD-Verbots.

Schmidt, Richard, „Auf dem Weg zum Überwachungsstaat" ZEIT 11. 3. 65.

Zweigert, Konrad (Er gehörte zu den Richtern des BVerfG, die das Urteil beschlossen) „Ein Gespenst geht um in Europa" Manuskript NDR 1 Progr. 7. 2. 65.

Lehmann, Lutz, „Die Ängste des Ministers" ZEIT 10. 9. 65.

Kommunistische Tätigkeit in der BRD im Jahre 64, Bericht d. BuInnMin, beilage zur wochenzeitung das parlament 18. 8. 65.

KPD-Prozeß, hrsg. von Pfeiffer-Strickert 3 Bd.

Amerika und der Frieden in Vietnam

Montag nach Weihnachten demonstrierte Lyndon B. Johnson in einer beispiellosen Friedensoffensive der Welt, wie „ernst" es Amerika mit einer Beendigung des Krieges in Vietnam sei. Zugleich jedoch sollte die Entschlossenheit dokumentiert werden, den Krieg notfalls, d. h. bei Zurückweisung der amerikanischen Friedensvorschläge durch Hanoi, noch härter zu führen.

Die Koppelung einer diplomatischen „tour de force" mit der Androhung „neuer harter Schritte" eröffnet einen Aspekt der amerikanischen Politik, der bei den westlichen Verbündeten der USA und in der Presse bewußt nicht gesehen wird. Angesichts der Opfer und Verwüstungen, die der Einsatz amerikanischer Truppen und ihrer Verbündeten bisher gefordert hat, entbehrt Punkt 1 des 14-Punkte-Programms Washingtons zur Beilegung des Konflikts nicht des Zynismus, ist doch die Geschichte des zweiten Indochina-Krieges keine andere als die Geschichte des Bruchs dieser Verträge durch die USA. Das feierliche Versprechen in der Atlantik-Char-

ta, den früheren Kolonien nationale Selbständigkeit einzuräumen, sowie die Initiative, die Roosevelt in Jalta und Teheran für eine Eigenständigkeit Südostasiens entfaltete, konnten nach dem gemeinsamen Sieg über die faschistischen Regime des Beifalls der Weltöffentlichkeit sicher sein.

Nach dem Bruch der amerikanisch-russischen Waffenbrüderschaft wurden unter dem Vorzeichen des westlichen Antikommunismus bilaterale und multilaterale Bündnissysteme (SEATO) aus der Taufe gehoben und unter dem Vorwand, Südostasien militärisch absichern zu müssen, neokolonialistische Ziele verwirklicht. Frankreich zog seine Lehren aus Dien Bien Phu, England gab seinen malaiischen Besitzungen relative Selbständigkeit, die USA jedoch, ohne die langjährige Kolonialerfahrung der europäischen Staaten und mit dem Selbstbewußtsein einer Großmacht ausgerüstet, opfern die Zukunft eines ganzen Landes ihrer honorigen Position und dem Gesicht, das wahren zu müssen sie vorgeben, welches aber mit jedem Bombenangriff sich mehr demaskiert.

Was gerne als Infiltration, Aggression und Terror kleiner kommunistischer Gruppen gegenüber der Bevölkerung ausgegeben wird, weist sich dem marxistischen Interpreten mehr und mehr als Klassenkampf aus, der auf nationaler Ebene zwischen unterdrücktem Agrarproletariat und herrschender Grundbesitzer- und Militärclique ausgetragen wird, auf internationaler Ebene als koloniale Befreiungsbewegung der Dritten Welt sich darstellt.

Das Unvermögen der Amerikaner, den Krieg in Vietnam in seiner politisch-militärischen, wirtschaftlich-sozialen und ideologischen Einheit zu sehen, sowie die undifferenzierte Kennzeichnung aller opponierenden Gruppen als Vietcong charakterisieren die Naivität, mit der sie ihr strategisches Konzept gegen die marxistisch-maotische Situationsanalyse und Handlungsanweisungen auszuspielen suchen. Das, was ursprünglich legitim als Bürgerkrieg nach innen und als Kampf um Neutralität nach außen interpretiert werden konnte, hat sich durch das massive Eingreifen der Amerikaner eindeutig als antikolonialer Klassenkampf profiliert. Die in der „Nationalen Befreiungsfront" (FLN) zusammengeschlossenen Gruppen des Bürgertums, der Intelligenz, der Buddhisten usw. haben sich angesichts des rücksichtslosen Einsatzes amerikanischer Truppen auf ein Minimalprogramm einigen können: Neutralisierung Vietnams, Abzug der Amerikaner. Daß für die Durchsetzung dieses Minimalprogramms die Guerillakriegstheorie Maos und Giaps sich empfiehlt, ist nicht schwer zu verstehen. Doch ist es die marxistische Theorie überhaupt, welche in der Lage ist, die antikolonialistischen, antikapitalistischen und gesellschaftsrevolutionären Bestrebungen zu bündeln und in den größeren Rahmen des antikolonialen Klassenkampfes zu stellen.

Das Gesicht Amerikas hat für die ehemals und jetzt wieder kolonialisierten Völker andere Züge als die, welche es sich selbst zulegen möchte.

Mit Vietnam würde ein wichtiges Glied aus der Kette brechen, mit der die USA China umzingelt haben. Ferner besteht die Gefahr, daß Amerika seine Absatzmärkte in Südostasien verliert, wo es bis heute praktisch das Handelsmonopol besitzt. Einen solchen Verlust könnte die amerikanische Wirtschaft nicht hinnehmen. Während Nordvietnam trotz des Bombardements in der Lage ist zu exportieren, ist die Ernährung Südvietnams völlig von amerikanischer Hilfeleistung abhängig. Man darf den Amerikanern daher mit gutem Gewissen unterstellen, mit der Zerstörung der nordvietnamesischen Industrie den Versuch zu unternehmen, die Grundlagen des Aufbaus und damit die Attraktivität des Kommunismus zu zerstören.

Unter diesem Aspekt sind auch die eingangs erwähnten amerikanischen Friedensbemühungen zu sehen. Die sich mehrenden Proteststimmen in vielen Ländern forderten ein Dokument des guten Willens. Washington handelte „spontan"; aber spektakuläre Friedensbemühungen können die eigennützigen Interessen der USA nicht verschleiern.

Willi Meeger

Ein Begriff für Studierende

FAHRSCHULE

HELMIN

Köln - Roonstraße 84 - Ruf 23 81 16

Süd-Vietnam und das neokolonialisierte Asien

Seit gut anderthalb Jahren ist „Vietnam" der Blickpunkt der Welt geworden. Keine Kommentare oder Berichte über den Vietnam-Krieg zu schreiben, ist heute für eine Zeitung anormal. Die Artikel sind jedoch fast ausschließlich von sogenannten Fernost-, aber vor allem von USA-Experten verfaßt, die entweder nie im Leben einen richtigen Vietnamesen gekannt haben oder nur für ein paar Wochen eine Reise in Richtung Osten unternommen haben. Es gibt aber auch ein Dutzend gute Vietnam- und Fernostkenner im „freien Westen", die aber dieses vielschichtige Problem Vietnam selten behandeln. In den Artikeln ist die Rede davon, man verteidige die „Freiheit" des vietnamesischen Volkes. Man spricht von den „aggressiven, terroristischen" Vietcong-Rebellen. Man hat Entschuldigungen für die Korruption der Regierenden und Bedauern für die hungernden Vietnamesen. Man vergleicht die Vietnam- mit der Berlinfrage. Man zieht im übrigen Parallelen zwischen dem Korea- und dem Vietnamkrieg. Man redet aber bewußt oder unbewußt immer an dem Kern der Sache vorbei. Jeder Journalist und Berichterstatter, der ein Dutzend Bücher über diese exotischen Länder gelesen hat und dann als Sonderkorrespondent dorthin geschickt wurde, hält sich für einen Experten und analysiert die Lage, wie es ihm beliebt. Für die ahnungslosen, desinteressierten „guten Bürger" der freiheitlich-demokratischen Länder ist die ihnen geschilderte Sache „höchst interessant". Für die gewissenhaften, interessierten Leser gibt es bisher leider zu wenig empfehlenswerte Veröffentlichungen. Denn man kann die Lage nicht begreifbar machen, ohne die historischen, sozialen und psychologischen Momente einer spezifisch asiatischen Entwicklung in die Analyse einzubeziehen.

Ungerechtfertigt und die Sachlage pervers verzerrend wäre es, wenn man immerzu Parallelitäten zwischen Berlin und Vietnam, genauer zwischen Westberlin und Südvietnam aufzustellen sucht. Denn die sozialen, historischen und politischen Faktoren bezüglich der Berlin- und Vietnamfragen sind völlig unvergleichbar. Es bestehen jedoch einige vergleichbare Gemeinsamkeiten zwischen Vietnam und Korea, die die Situationen in den sogenannten Entwicklungsländern schlechthin auch durchaus zutreffend charakterisieren, also in solchen Ländern, die die USA nach dem 2. Weltkrieg als ihre Einflußbereiche ergattert haben. Gemeint sind die sozialen Tatsachen, die nicht dem sozialen Wandel gemäß entstanden sind, Phänomene, die vielmehr entstan-

den sind durch unsinnige politische und wirtschaftliche Manipulationen, ausgeführt von Entwicklungshelfern und christlichen Missionaren, von militärischen und zivilisatorischen Beratern aus der „freien Welt"; auch nicht minder durch die Wirkung der systematisch eingerichteten Absatzmärkte für amerikanische Filme; nicht zuletzt durch das Beispiel verwestlicht heimgekehrter Akademiker, die in Europa und in den USA epigonenhaft studiert und gelebt haben, ohne sich ernsthaft mit den Problemen ihres eigenen Landes auseinander gesetzt zu haben, geschweige denn mit denen ihrer Gastgeberländer – sozialer, historischer oder kultureller Natur.

Als Arzt oder Techniker oder als Ökonom haben sie sich lediglich „the American Way of Life" perfekt angeeignet. Sie gelten auch tatsächlich als Elite in ihren amerikanisierten Gesellschaften, die nicht im geringsten mit der realen Lage des Landes zu vereinbaren sind. Die Amerikanisierung kann die erkrankte Gesellschaft noch kränker machen. Unter den Gemeinsamkeiten finden sich auch die kulturell-historischen und gesellschaftlichen Tatsachen, die in den Völkern Südkoreas und Südvietnams seit Jahrhunderten tief verwurzelt sind. Die gleichgültigen, konservativen und selbstzufriedenen Attitüden bestimmter herrschender Schichten, die auf Grund ihrer sozialen Herkunft weder Leiden noch Hunger kennen, sind anti-europäisch, patriotisch, aber weitgehend dekadent. Sie wollen nichts anderes als so weiterleben wie bisher. In beiden Ländern gibt es eine **neue feudale Schicht,** die zwar traditionell lebt, aber zugleich engen Kontakt mit den amerikanischen Behörden hat. Sie hat sich der neuen Machtstruktur des Landes geschickt angepaßt. Es sind entweder hohe Militärs, Politiker oder führende Wirtschaftsmanager. Mit dem amerikanischen Kapital leben sie besser als amerikanische Millionäre. CIA-Beamte[1]) sind ihre Freunde und Berater. Neben CIA machen State Department und Pentagon die Politik des Landes, während die Generäle und andere einheimische Machthaber lediglich hin und wieder ihre Ansprüche stellen. Sie haben ihr „Sparkonto" entweder in den USA oder in der Schweiz. Diejenigen, die für das Vaterland wirklich verantwortlich handeln wollen, werden mit Billigung von CIA oder State Department ermordet. So herrschen in Südkorea entweder diejenigen, die unter den Japanern bestenfalls als Beamte oder nur als Laufburschen, in Südvietnam als gehorsame Diener der französischen Kolonialisten tätig waren. In diesen Ländern ist **die Politik nicht für das Volk da, sondern das Volk ist für die amerikanische Politik da.** Der oft beklagte „Kontaktmangel" zwischen den Regierenden und dem einfachen Volk ist dann logisch. Das Volk lebt indessen in Angst und Hunger. Ein Durchschnittsmensch in diesen Ländern wagt nicht, sich ehrlich und gewissenhaft zu verhalten; denn wer ehrlich sein will, wird als Außenseiter und Narr betrachtet und kann nur im Gefängnis leben, obschon das Volk durchaus nicht von Grund auf schlecht ist. Im Gegenteil, es möchte gern selbständig, ehrlich und selbstbewußt leben. Das Volk wünscht, nicht ewig auf die angebliche Hilfe der Reichen angewiesen zu sein. Es will nicht bettelnd, unterdrückt und versklavt leben.

Neben den gemeinsamen Zügen zwischen Südvietnam und Südkorea sind auch vielfältige Unterschiede festzustellen: differenzierte Nuancen in historisch-kulturellen Entwicklungen dieser Länder, krasse geographische und ethnologische Verschiedenartigkeiten. Vor allem unterscheiden sich Vietnam und Korea durch ihre kolonialen Herren. Obschon die japanischen Militaristen und Imperialisten in Korea nicht minder grausam aufgetreten waren als die Franzosen in Vietnam, sind die Spuren in beiden Ländern gänzlich andere – trotz ihrer vorherigen langen Kontakte mit China. Nebenbei wäre hier zu bemerken, daß die Rede, Chinesen und Vietnamesen, Koreaner und Chinesen immer **Erzfeinde** gewesen seien, nicht stichhaltig ist. Die Auslandschinesen waren und sind unbeliebt, das ist eine unleugbare Tatsache. Daß sie aber mit den Chinesen schlechthin sehr wenig Gemeinsamkeiten haben und nicht mit ihnen identisch sind, hat indes niemand gemerkt. Das Verhältnis zwischen den Chinesen und Vietnamesen einerseits, den Koreanern und Japanern andrerseits könnte man wie folgt vergleichen: im letzteren Falle entspricht es dem zwischen Engländern und Franzosen, im ersteren dem zwischen Rheinländern und Preußen. Hat China doch in seiner Geschichte, ausgenommen die Eroberungen unter der Mongolendynastie Dschingis Khans, Länder nicht so sadistisch beherrscht wie etwa die Römer oder die abendländischen Imperialisten oder die Japaner in den letzten zwei Jahrhunderten.

Der Koreakrieg wäre zu vermeiden gewesen, während die vietnamesische Revolution eine **unvermeidliche** Entwicklung ist. Daß in Korea bislang keine Revolution stattfand, ist unter anderem dadurch zu erklären, daß Kim il-Song[2]) sich nicht als volkstümliche, beliebte Persönlichkeit wie Hô Chi-Minh in Vietnam erwiesen hat. Alle Vietnamesen verehren Onkel Hô, nicht Ky, der ja bekanntlich einen anderen verehrt! Die volkstümlichen Persönlichkeiten in Korea sind einer nach dem anderen von den „CIA boys" bzw. von den Stalinisten beseitigt worden, während die Popularität der ehemaligen Widerstandskämpfer in Vietnam, die heute noch die Führungskraft sind, nicht zu übertreffen ist. Denn sie haben nicht nur gegen die Japaner und Franzosen gekämpft, sondern kämpfen heute noch gegen eine Weltmacht, die sich ihr Land nach der Dulles-Patentlösung aneignen will. Zusammenfassend kann man folgendes feststellen: **Der Vietnamkrieg ist kein zweiter Koreakrieg,** aber wohl kann **eine zweite vietnamesische Revolution,** in nicht allzu ferner Zeit, noch in Südkorea stattfinden.

Zu den tatsächlichen Verhältnissen in Südvietnam:

Klaus Bölling hat einmal „überzeugend" im WDR die These dargestellt, daß in Vietnam Buddhisten, Katholiken und andere soziale Gruppen als Mehrheit fest hinter der amerikanisierten Regierung stünden. Nun frage ich ihn: hat er etwa diese Annahme auf Grund einer „repräsentativen Umfrage" im vietnamesischen Dschungel festgestellt? Es ist dies nur eine der zahlreichen unsinnigen Behauptungen, die man täglich in der BRD hört. Es sind die Symptome der vietnamesischen Symptome!

Eines haben die Vietnamesen den Koreanern voraus, was sie teilweise den Franzosen zu verdanken haben – freilich nicht direkt den Kolonialherren, sondern den französischen Intellektuellen. Es gibt nämlich eine Gruppe von einheimischen Intellektuellen, eine führende Elite, die die französische Intellektualität voll und ganz begriffen und für sich schöpferisch ausgenutzt haben. Diese Gruppe leitet theoretisch und praktisch die Revolution und im Gegensatz zu den anderen erwähnten drei Gruppen der antirevolutionären Egoisten, die vom Volk nicht nur nicht akzeptiert, sondern ihm auch verhaßt sind, findet sie im Volk Unterstützung und Verständnis. Sie hat sich nicht mit großartigen Reden begnügt. Sie experimentiert und versucht die Probleme des Volkes nach vietnamesischem Rezept zu lösen. Dies haben die US-Beamten, wenn auch schweren Herzens, nicht einfach leugnen können. Wenn die USA täglich 60 Mio. US-Dollars für friedliche Zwecke verwendet hätten, wären ihnen wahrscheinlich Niederlagen, so wie sie sie heute eine nach der anderen hinnehmen müssen, erspart geblieben. Stattdessen werfen sie technisch hochentwickelte Bomben, töten „aus Versehen" Frauen und Kinder, vermehren das Elend. Aus lauter Aggressivität und Ungeduld vernichten sie ihre eigenen „Verbündeten"! Noch toller und perverser kann man es sich wahrscheinlich nicht mehr vorstellen.

Den Vietnamesen kann grundsätzlich nicht von außen her geholfen werden. Sie müssen sich selbst helfen. Wohl bedürfen sie der Unterstützung, dies heißt aber nicht Einmischung. Das gesamte Volk muß den Umständen gemäß sozialisiert werden und Maßnahmen treffen, um sich aus dem Chaos zu retten, um die schwer erkrankte Gesellschaft zu heilen. Daß dabei dringende revolutionäre Operationen nötig werden, ist auch einleuchtend. Daß dies nicht von sachfremden Beratern geleistet werden kann, hat sich inzwischen vielfach erwiesen. Daß die amerikanische Zivilisation, die amerikanischen Dollars und der amerikanische Pragmatismus keine Unterstützung sind, sondern sich als „Opium für das Volk" auswirken, braucht hier nicht noch einmal betont zu werden.

Für die Zukunft solcher ehemaligen Kolonien in Asien, Afrika und auch in Lateinamerika hängt vieles von den Absichten und Verhaltensweisen der reichen, nicht-farbigen Mächte ab. Wenn die Reichen nicht freiwillig die soziale Evolution ermöglichen, die sie nicht nur vor dem zweiten Weltkrieg erbarmungslos verhindert haben, sondern stattdessen die Hilflosen restlos ausbeuteten, und wenn sie nicht Wiedergutmachung leisten, dann werden soziale Revolutionen heraufbeschworen, die nicht zugunsten der Reichen ausfallen werden, wie man in der Geschichte der vergangenen zwei Jahrhunderte bekannterweise feststellen kann.

Suzuki

[1]) CIA – Central Intelligence Agency.

[2]) Vorsitzender der koreanischen Arbeiterpartei.

'Baasskap' II

Fortsetzung aus facit 3

Der wichtigste Sektor der rhodesischen Industrie ist der Bergbau; hier sind beträchtliche englische Kapitalien investiert. Gewonnen werden Gold, Asbest, chemische Grundstoffe. Rhodesien muß als Folge der einseitigen Entwicklung Industrieprodukte aller Art einführen im Austausch gegen Agrar- und Bergbauprodukte. Importiert wird vor allem rollendes Material für Eisenbahnen, Öl und Motorfahrzeuge aller Art. Nach der Krise der Zentralafrikanischen Föderation kam in Rhodesien die rassistische „Rhodesian Front" von Ian Smith, das rhodesische Äquivalent von Verwoerds „Nationalist Party" an die Macht. Der straffe „multi-racialism" zahlte sich unmittelbar aus: Ähnlich wie in Südafrika stieg die Zahl der weißen Einwanderer wieder an, die Bergwerksproduktion an Mineralien wuchs von 1963 bis 1964 um 12,5 %, die Produktion der ersten acht Monate dieses Jahres übertraf die Jahresproduktion von 1964 um 21 %. Der Außenhandelsüberschuß lag 1964 bei 35 Millionen Pfund Sterling.

Die einseitig entwickelte Ökonomie erzielt ihre Profite durch den extrem niedrigen Preis des Kostenfaktors Arbeit. Um die niedrigen Löhne zu stabilisieren, legt die Regierung das Netz der Apartheid über das gesamte soziale Leben. Die Freizügigkeit für Afrikaner ist beseitigt; durch ein kompliziertes System von Passierscheinen ist die freie Fluktuation von Arbeitskräften aufgehoben. Alle öffentlichen Institutionen haben nach Rassen getrennte Eingänge und Schalter, die Verkehrsmittel werden jeweils schwarz oder weiß besetzt usw.

Im Zentrum der Verhandlungen zwischen Wilson und Smith stand die Weigerung der rhodesischen Regierung, die bescheidenen Vorschläge der englischen Regierung für ein erweitertes Mitspracherecht der Afrikaner zu akzeptieren. Im Jahre 1962 wurden den Nichtweißen 15 von 65 Sitzen in der südrhodesischen Legislative zugestanden, eine permanente Minorität, die die verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit den Weißen beläßt. Nicht einmal diese 15 Sitze wurden wirklich von Afrikanern besetzt. Die Europäer stellten 1962 ein Zwanzigstel der Bevölkerung (5,7 %) und waren im Parlament mit über 70 % der Sitze überrepräsentiert. Die Afrikaner bildeten eine erdrückende Mehrheit von 93,7 % der Gesamtbevölkerung. Ihr Einfluß auf die großen politischen Entscheidungen des Landes ist gleich Null; solange sie von den Weißen in analphabetischem Zustand gehalten werden, kann die Wilsonsche Forderung „one man – one vote" unter Hinweis auf die „Unreife" der nichtweißen Majorität abgelehnt werden. Der aus London heimkehrende Smith wurde von einer singenden und jubelnden weißen Menge begeistert begrüßt. Smith rief seinen Landsleuten zu: „Ihr wißt nicht, was es bedeutet, Rhodesien für eine Woche zu verlassen und dann in ‚God's own country' heimzukehren." Einstweilen sitzt die Regierung Smith fest im Sattel, sie kann sich auf die Solidarität der Nachbarstaaten Port.-Angola, Mozambique und Südafrika verlassen. Ein wirtschaftlicher Boykott hat daher nur geringe Wirksamkeit, wie schon das südafrikanische Beispiel gelehrt hat. Die innere afrikanische Opposition ist durch Polizeimaßnahmen ihrer Aktionsfähigkeit beraubt worden. Die auf Intervention drängenden afrikanischen Vertreter in den Vereinten Nationen haben eine Niederlage erlitten. England wird keine Truppen senden („Ich denke, dies würde gegen die ganze britische Tradition verstoßen. Und es würde genauso unserer eigenen widersprechen", meinte Smith), obwohl Smith – nach Entwaffnung der farbigen Truppenteile gegenwärtig nur noch über eine Streitmacht von 1000 Mann verfügt.

Die drohende internationale Isolierung und die starke Anlehnung an Südafrika und die portugiesischen Kolonien machen die konsequente Übernahme des Apartheidregimes durch Rhodesien wahrscheinlich. Die Ausdehnung des Apartheidbereichs, der Versuch der weißen Minorität, sich durch Stärkung der „Baasskap" gegen die schwarze Emanzipationsbewegung zu behaupten, wird in den nächsten Jahren Unruhen provozieren, Befreiungskämpfe wie in Südafrika, in Angola, in Mozambique. „Reason has fled the scene", konstatierte Wilson nach der Unabhängigkeitserklärung Rhodesiens. Bleibt es dabei, dann droht eine weitere Katastrophe à la Kongo, die diesmal den ganzen Kontinent erschüttern würde.

Franz. J. T. Lee

taschenbuch keller

Immer alle taschenbücher
alle bedeutenden deutschen serien
alle bedeutenden ausländischen serien
alle lieferbaren titel vorrätig

hbf + barbarossaplatz

TV-Fazit

Fröhlicher Stumpfsinn am Samstagabend

Wir glauben an die Unantastbarkeit des augenblicklichen deutschen Bildungsstandes. W. Neuss

Wer daran zweifelt, wird größere Zuversicht gewinnen können, wenn er regelmäßig das Samstagabendprogramm des Ersten Deutschen Fernsehens verfolgt. Er wird dann beruhigt feststellen, daß die für das Programm Verantwortlichen keine Mühen scheuen, um Woche für Woche am Samstagabend ausschließlich mit Programmen niedrigsten Niveaus aufwarten zu können. Denn sie wissen, was in den Stunden mit den größten Zuschauerfrequenzen von ihnen erwartet wird: ein positiver Beitrag dazu, daß sich die reflektionsfeindlichen Züge im Wesen der Zuschauer entwickeln und festigen können. Das bleibt nicht ohne Wirkung. Erst kürzlich hat die NDR-Leitung auf die schon erzielten Erfolge hingewiesen, indem sie die kritische Kabarettsendung „Hallo Nachbarn" absetzte mit der Begründung, die Zuschauer könnten zwischen Satire und Realität nicht unterscheiden. Die Intendanten müssen es wissen. Hat doch praktische Erfahrung sie gelehrt, daß Unterscheiden, Vergleichen oder gar das Begreifen von Zusammenhängen der großen Masse des Publikums fernliegt! Hier gilt es, echten Bedürfnissen gerecht zu werden! Das Samstagsprogramm zeigt, daß man diese Aufgabe erkannt hat und in vorbildlicher Weise löst. Mehr noch: gleichzeitig wird der Pflege von Ressentiments und der unterschwelligen Verbreitung reaktionärer Tendenzen nachgegangen – ein Beispiel, wie trefflich sich Unterhaltung mit etwas Nützlichem verbinden läßt.

Eine kleine Rückschau auf die Hauptbeiträge des Abendprogramms von aufeinanderfolgenden Samstagen im November/Dezember 1965 möge zur Verdeutlichung dienen:

13. Nov.: „Meister Anecker" – Übertragung aus dem Hamburger „Ohnsorg-Theater".

Meister Anecker – sprich An-ecker –, die Titelfigur dieses „Lustspiels", ist schon vom Namen her eine komische Figur. Denn: nur komische Leute ecken an, weil sie – selbstverständlich völlig grundlos – bisweilen einen Verdacht schöpfen, der sie in Erregung bringt. Damit stiften sie natürlich nichts als Unordnung, bringen den geruhsamen Alltag durcheinander und müssen am Ende doch einsehen, daß sie in ihrer Engstirnigkeit die Wirklichkeit falsch eingeschätzt haben. Genauso ergeht es dem biederen Schuhmachermeister Anecker in dieser Eifersuchtskomödie, mit der das Hamburger Volkstheater exemplarisch nachweist, daß man sich besser keine Sorgen macht und da insbesondere von der Obrigkeit kein Unrecht zu befürchten ist. Die „hohe Obrigkeit" verkörpert der Herr Bürgermeister, dem die Schustersfrau mit devoter Ergebenheit, der Meister mit pubertärem Trotz begegnet. Dabei ist jener im Grunde ein freundlicher und bescheidener Mann ohne Standesdünkel – so recht nach dem Herzen des Volkes. Dem trotteli-

gen Gesellen in der Werkstatt steckt er großzügig Trinkgeld zu, auch einfache Frauen begrüßt er mit Handkuß und dem komplexverhafteten Meister erklärt er: „Alle können wir doch nicht studiert haben." Das ist wahr – man sollte wirklich nicht zu viele Leute auf die Universität schicken! Der Bürgermeister weiß um die rechte Ordnung: „Der richtige Mann am richtigen Platz, darauf kommt es an." Der einfache Mann sieht das normalerweise von selbst ein, z. B. der alte Geselle. Versoffen, verfressen und arbeitsscheu wie er ist, weiß er, daß „Saufen ein Geburtsfehler" ist und daß „keiner gegen seine Natur ankann". So ist er mit sich und seinem bescheidenen Dasein zufrieden, und auch seine Erkenntnis: „Wenn die Großen streiten tun, müssen wir Kleinen den Rücken hinhalten" – ist durchaus humorig und nicht etwa sarkastisch gemeint. Dazu besteht ja auch in der Tat kein Anlaß – gewährt doch der Meister dem Alten großzügig das Gnadenbrot und erklärt sich bereit, „ihn so zu verbrauchen, wie er ist". Auch die Schustersfrau weiß, daß „keiner aus seiner Haut kann, wenn er nicht Komödie spielt". Nur ihr Mann glaubt dauernd beweisen zu müssen, daß er nicht auf den Kopf gefallen ist, auch wenn er nicht studiert hat. Dabei ist er der einzige, der alles falsch sieht. Was treibt ihn nur, dauernd mißtrauisch nach oben zu schielen? Doch am Ende wird er bekehrt. Als der Bürgermeister die Schwägerin und nicht die Frau des Schusters in die Arme schließt, sind alle Mißverständnisse ausgeräumt und sogar Klassengegensätze ad absurdum geführt. Ende gut, alles gut. Die Masse kann zufrieden sein und mit den Lottozahlen und dem „Wort zum Sonntag" den Abend beschließen. Oder sollte der eine oder andere daraufhin noch bei Strindbergs „Fräulein Julie" verweilen?

20. Nov.: „Der fröhliche Weinkeller"

„Eine hochgezogene Nase kann sich nicht in ein Weinglas senken." Mit diesem dezenten Hinweis sorgt gleich der Vorspann für die rechte Einstimmung. Bei wem wird sich daraufhin nicht das bessere Ich, das fröhliche und genießerische, durchsetzen gegenüber dem mißgelaunt krittelnden? Wer wird nicht von der Schunkelstimmung erfaßt werden und gleich dem Statistenvolk im Saal mit glänzenden Augen jede Lippenbewegung der Hauptakteure verfolgen? Wer wird sich nicht freuen, am Stammtisch einen Studienrat zu finden, der sich genauso rechthaberisch und autoritär aufführt, wie es sich für einen Studienrat gehört, oder einem Professor zu begegnen, der jenen „Alterscharme" infolge fortgeschrittener Vergreisung besitzt, wie er allen Professoren eigen ist? Und welche Weisheiten hat nicht der Professor zu verkünden: „Hauptsache ist, daß man alle Dummheiten mitmacht. Ich hab so manche Dummheit gemacht und hab es nie bereut, denn durch die Dummheiten, die man macht, wird man ja soo gescheit." Bravo! Das ist Weisheit, die „im Herzen aufgeschrieben steht" und nicht in langweiligen Büchern. – Im weiteren zeichnet sich der Abend neben den herrlichen Melodien vor allem dadurch aus, daß die Liedertexte eine Fülle von Hinweisen geben, wie man glücklich und sorgenfrei werden kann: Sternennacht, so rein und klar, zeigt mir den Weg ins Glück... bist von Sorgen du müde und leer, nimm ein Fläschchen dir her... auf der Welt gibts nur eine Medizin: Cognac, Wein und Bier... nimm doch das Glas zur Hand und trinke aus, laß doch die Sorgen sein und mach dir nichts daraus... das war schon früher so und ist auch heut noch so... Und wenn dann Willi Schneider lächelnd und augenzwinkernd verrät, daß der Mensch ein bißchen Freude zum Leben und zum Lachen braucht und daß es schon gehen wird, wenn das ein jeder tut, dann hat sich in den Herzen der Zuschauer wieder soviel Zuversicht angesammelt, daß sie bis zur nächsten Sendung dieses Typs davon zehren können. Zwar haben sie nichts vernommen, was dazu beitragen könnte, sie klüger und verständiger zu machen, aber wer wollte schon darauf bestehen, wenn er erst erkannt hat, „daß man das größte Glück erlebt, solange man dumm ist"?

27. Nov. und 18. Dez.: EWG – das große internationale Quiz mit Hans Joachim Kulenkampff.

EWG – es wird doch nicht politisch werden? Keineswegs – wenn man von der im Titel enthüllten Doppelbödigkeit der Sendung absieht. Aber darin liegt gerade das Besondere. Unter der oberen Schicht einer Quizveranstaltung wird das Utopia einer konfliktlosen Völkergemeinschaft entworfen, die Zuschauer bereits mit „Liebe Europäer" angeredet. Das läßt die Herzen höher schlagen. Teilnehmer aus verschiedenen Nationen nehmen an einem großen Wettkampf teil und erhalten als Einsatz Volksaktien. Wer am tüchtigsten ist, bekommt am Ende die Aktien aller anderen Teilnehmer, während diese mit einem hübschen Trostpreis abgefunden werden. Das Modell ist zukunftsträchtig. Unpolitisch? Aber selbstverständlich – schließlich handelt es sich um ein Spiel. Ein Spiel freilich, das um so wertvoller ist, je lehrreicher es ist. Und lehrreich ist es, indem es den Zuschauer assoziativ mit den goldenen Zukunftsdimensionen der EWG vertraut macht, wie sie wohl auch im Wunschdenken manches bundesrepublikanischen Politikers vorkommen. Lehrreich ist es auch, insofern Kulenkampff dem Zuschauer genau vorexerziert, wie sich der formierte europäische Staatsbürger von morgen verhält und wie er sich heute schon verhalten sollte, damit der Weg in die Zukunft leichter wird. Oberstes Gebot: Seid nett zueinander! Man frotzelt schon mal ein bißchen, aber dabei darf man sich gegenseitig nichts übelnehmen. Kuli betont das immer wieder, bemüht sich sorgfältigst, ja niemanden auf die Füße zu treten, und entschuldigt sich tausendmal, wenn es doch einmal geschehen ist. Zugleich demonstriert der Diener Martin, wie man es nicht machen soll. Er ist das abschreckende Bild des griesgrämigen Nörglers, den man nicht ernst zu nehmen braucht, wenn er z. B. Kuli oder seine Sendung kritisiert. Schließlich weiß man sich der Sympathien ganz anderer Leute sicher: Bundesschatzminister Dollinger gehört zu den Liebhabern der Sendung und stellte ihr eigens die VEBA-Aktie Nr. 2 zur Verfügung; und auch den Bundeskanzler zählt Kuli zu seinen Zuschauern und übermittelt ihm Grüße. Hier zeigt sich, was „Masse" oder „Volk" im positiven Sinn bedeutet: vom einfachen Mann bis zu den Spitzen der Regierung besteht eine harmonische Gemeinschaft, die sich bei Kulis raffinierter Mischung aus Quiz, Klamauk und kleinen Kostbarkeiten zusammenfinden. Kulenkampff, der nun schon bald zwanzig Sendefolgen lang einem riesigen heterogenen Publikum hilft, gesamtgesellschaftliches Bewußtsein zu entwickeln, sollte nach unserer Meinung das Bundesverdienstkreuz erhalten.

4. Dez.: „Zwei Dickköpfe" – Übertragung aus dem Millowitsch-Theater, Köln.
Die Handlung dieses Schwankes besteht aus den Irrwegen des alternden Blutwurstfabrikanten Anton Knopf

Homer berichtet in der Odyssee:

„... und war von Durst gepeinigt, mitten in einem Meer."

Homer kannte eben „Coca-Cola" noch nicht. Heute braucht keiner mehr Durst zu leiden. Sprudelndes „Coca-Cola" bekommen Sie überall, schon an der nächsten Ecke.

Mach mal Pause . .

Normal-flasche Familien-flasche

. . . das erfrischt richtig

„Coca-Cola" ist das Warenzeichen für das unnachahmliche koffeinhaltige Erfrischungsgetränk der Coca-Cola G. m. b. H.

und den vernünftigen Reaktionen seines Sohnes Fritz. Dieser Umkehrung der üblichen Form des Vater-Sohn-Konflikts muß große Kunstfertigkeit bescheinigt werden, denn sie verleiht dem Anliegen des Stückes doppelte Wirksamkeit. Besteht doch gerade der Vertreter der jungen und damit fortschrittlichen Generation auf dem Festhalten an dem durch Tradition Verbürgten, während der Vater sich auf gewagte Experimente einläßt, die scheitern. So kristallisiert sich die Gleichung heraus: Fortschritt = Reaktion.

Der Hauptfehler des Vaters besteht darin, daß er nicht erkennt, daß man allem Neuen mit Mißtrauen begegnen muß, daß außerdem junge Wissenschaftler fragwürdige Existenzen sind. So setzt er den Bestand seiner Fabrik aufs Spiel. Vom Bewährten (Blutwurst) wendet er sich ab und will seinen Betrieb auf die Produktion der Erfindung einer jungen Nahrungsmittelchemikerin umstellen. Erst spät sieht er ein, daß dieses Produkt ungenießbar ist, so ungenießbar wie die Erfinderin und deren ganze Familie. Ihre Mutter ist eine verantwortungslose Neureiche, die es auf das Geld des alten Knopf abgesehen hat, der Bruder ist ein Liederjahn, sie selbst eine „verdötschte Pillendreherin". Außerdem hat sie einen Mitarbeiter, der sich als kriminell erweist. Diesem Ansturm von Verworfenheit müßte der verblendete Anton unterliegen, wüßte nicht der kluge Sohn die schlimmsten Folgen zu verhindern und schließlich sogar dem Vater die Augen zu öffnen. Am Ende gelobt man sich, nie etwas anderes als Blutwurst herzustellen und sich immer an den unternehmerischen Grundsätzen, Arbeit, Sparsamkeit und Sicherheit zu orientieren. Ein Sieg der Tradition auf ganzer Linie.
Dies ist wahrlich ein lehrreiches Stück; macht es doch jedermann klar, daß Kapital und Verantwortung in die Hände traditionsverwurzelter Unternehmer gehört, die nicht durch Experimente den Untergang heraufbeschwören.

Karl-Heinz Rüpprich

Ethik und Revolution

in Herbert Marcuse: Kultur und Gesellschaft II, Edition Suhrkamp, 1965

Die Konzentration auf einen Aufsatz aus diesem Buch gründet nicht in dessen qualitativem Vorrang vor den anderen: über Sartres Existentialismus, über das geschichtliche Veralten der Psychoanalyse Freuds, über Industrialisierung und Kapitalismus im Werk Max Webers und über eine Neubestimmung der Kultur. Methode und theoretische Perspektive Marcuses ließen sich auch an ihnen fixieren. Die Paarung von Ethik und Revolution vernachlässigt notwendig den politischen Aspekt und den empirischen Nachweis der realen Möglichkeit zur Revolution. Hierum aber geht es Marcuse auch nicht, sondern um die Rechtfertigung, die dem revolutionären Akt vorausgeht.
Seine ethische Begründung einer Revolution zielt gegen eine Gesellschaft, die ihre Herkunft aus der Revolution und damit ihren historischen Charakter, auch den ihrer Freiheit, einfach übersprungen hat. In ihrem Verdikt gegen jede Revolution zeigt sich etwas von ihrer Arroganz, sich als letzte und absolute Verwirklichung von Freiheit und Gerechtigkeit auszuzeichnen. Aber „menschliche Freiheit ist kein statischer Zustand und niemals ein solcher gewesen, sondern ein historischer Prozeß, der die radikale Änderung, ja Negation der etablierten Lebensweisen einschließt. Form und Inhalt der Freiheit wechseln mit jeder neuen Entwicklungsstufe der Zivilisation". (S. 136). Eine Revolution, die zu ihrer ethischen Begründung und Rechtfertigung sich auf die historische Zunahme von Freiheit beruft, wird von vornherein auf einen geschichtlichen Typ beschränkt: „auf den Sturz einer rechtmäßig etablierten Regierung und Verfassung durch eine soziale Klasse oder Bewegung, deren Ziel es ist, die gesellschaftliche wie die politische Struktur zu verändern." (S. 131). Diese Definition einer legitimen Revolution schließt Faschismus und Palastrevolution aus, die die grundlegende Struktur der Gesellschaft nicht verändern. Die Methode Marcuses, seinen Gegenstand in geschichtlich-gesellschaftliche Zusammenhänge einzurücken und ihren Wert einzig aus diesen abzulesen, verhindert jene formale Typologisierung der Revolution, deren Zwangscharakter, sei es der der faschistischen Unterdrückung, sei es der des Kampfes gegen den Kolonialismus, moralisch gleichgeschaltet wird. Diese Methode, die im Gegensatz zu Marcuse vom geschichtlichen Zusammenhang abstrahiert, erlaubt allemal die prinzipielle Verneinung der Revolution ohne Rücksicht auf deren qualitativ unterschiedliche Zielsetzung. Der Kampf um die Verwirklichung der größeren Freiheit könnte auf den revolutionären Akt verzichten, träten die Herrschenden freiwillig oder durch systematischen Druck veranlaßt von ihrer gesellschaftlichen und politischen Macht zurück. Dieser Hoffnung hängen viele noch an, die zwar Freiheit erhoffen, den revolutionären Akt aber scheuen oder für überflüssig halten, weil sie auf reformistischem Weg glauben, an ihr Ziel gelangen zu können. Sie verdrängen die geschichtliche Erfahrung, die immer neu gezeigt hat, daß sich größere menschliche Freiheit nur durch das Mittel der revolutionären Gewaltanwendung herstellen ließ. Läßt sich aber dieses Mittel der Gewaltanwendung zum Zweck des historisch größtmöglichen Glücks der Menschen ethisch rechtfertigen, da doch immer gegen es erhoben wird, daß es auf Kosten des individuellen Glücks geht, Leben von Menschen verzehrt und zuletzt auch die Frage nach der Kontrolle jener aufwirft, die den Anspruch erheben, für den Fortschritt der menschlichen Freiheit repräsentativ einzutreten? Marcuse beantwortet diese Fragen nicht, sondern lehnt diese Fragestellung insgesamt ab mit dem Hinweis auf ihren formal-abstrakten Charakter. „Die Ethik der Revolution ... wird sich ... im Einklang nicht mit absoluten, sondern historischen Maßstäben finden. Sie machen jene allgemeinen Normen nicht ungültig, in denen Erfordernisse des Fortschritts der Menschheit zur Humanität sich aussprechen" (S. 138), aber doch jene der bestehenden Rechte und Freiheiten, das verabsolutierte Legalitätsprinzip der existierenden Gesellschaft.
Individuelles Glück bleibt immer relativ auf die Gesellschaft bezogen, im besonderen deutlich am privaten Glück jener, die in den KZ quälten und folterten. Die extreme Position der affirmativen Kultur, die die Möglichkeit zum Glück einzig der Innerlichkeit zudiktierte, entstand selbst erst aus dem Mangel an äußerer, objektiver Freiheit (vgl. facit 1, Kultur und Gesellschaft I). „Diese Position läßt sich nicht verteidigen", da dem Individuum sein wirkliches Glück prinzipiell verwehrt bleibt, fehlen dazu die materiellen Voraussetzungen ... „Wir nehmen ein Tribunal an, das – tatsächlich oder moralisch – befugt ist, individuelles Glück zu ‚definieren'." Meines Erachtens argumentiert aber Marcuse nicht besonders glücklich gegen den Einwand, wer dieses Tribunal kontrolliere, wer die Erzieher erziehe, die nach gelungener Revolution diktatorische Maßnahmen ausüben. Der Hinweis, daß dies in minderem Maß auch in nicht totalitären Gesellschaften auftritt, in der die Oberschicht nicht immer wirksam von unten politisch kontrolliert wird, ist eine Analogie, aber keine Entschuldigung. Die Legitimation des Tribunals leitet sich nicht aus subjektiven Faktoren ab, sondern aus den objektiven des geschichtlichen Zusammenhangs selber. Der gesellschaftliche Zustand diktiert ihnen das mögliche Maß an Freiheit wie das nötige Maß an Unfreiheit. Marcuse nimmt dieses als zweites Argument auf. Der revolutionäre Akt, der gelingt, ge-

MARXISTISCHE BLÄTTER

Zweimonatszeitschrift für wissenschaftlichen Sozialismus

Sachkundige Quelle · Internationale Autoren · Marxistische Position

Anfragen, Probehefte:

Marxistische Blätter · 6 Frankfurt a. Main W 13 · Kurfürstenstr. 8 (K)

lingt vorerst für den Augenblick. Die Verfestigung der strukturellen gesellschaftlichen Veränderung bedingt Zwang, da sie dem restaurativen Versuch der abgesetzten Herrscher begegnet, die alte Gesellschaft durch Konterrevolution wiederherstellen zu wollen, oder zweitens, weil die soziale Schicht, für deren Freiheit sie theoretisch und praktisch einsteht, in ihrem verdinglichten Bewußtsein nicht die unmittelbare Notwendigkeit der Revolution einsehen kann. Die Spanne zwischen verdinglichtem Bewußtsein und autoritär hergestellter Revolution wird noch reflektiert von denen, die prinzipiell für die Revolution einstehen, z. B. von Lenin und Rosa Luxemburg. Sie hielt gegen Lenin fest an der Theorie von Marx, daß nicht nur der objektive Faktor für eine Revolution gegeben sein müsse, nämlich die materiellen Voraussetzungen, sondern auch der subjektive, nämlich das rationale politische Bewußtsein der Arbeiter, die die Notwendigkeit der Revolution aus sich einsehen müßten, d. h. spontan sich zu ihr bekennen und nicht durch die Organisation einer intellektuellen Führerschicht zu etwas getrieben werden sollten, was sie selbst nicht rational überschauten. Aber, bemerkt Marcuse zu diesem Problem, wie sollte sich der Sklave befreien, wenn er sich selbst nicht als Sklave empfindet? Diese Spanne ist vielleicht weniger groß, als sie sich ausnimmt. Ohne ein gewisses einsichtiges Entgegenkommen der Arbeiter läßt sich keine Revolution von oben diktieren, zum anderen ist niemals ein volles rationales Bewußtsein voraussetzbar, wenn die materiellen Voraussetzungen nicht gegeben sind, sondern erst durch die Revolution hergestellt werden sollen. Tatsächlich bleibt die formal an Marx orientierte Forderung undialektisch, daß sich erst die Menschen zur Revolution gegen diese Gesellschaft wenden sollten, wenn sie sich als Subjekte der Geschichte rational begriffen hätten. Solange die gesellschaftlichen Voraussetzungen zum konträren Bewußtsein zwingen, nämlich Objekte einer abstrakten Geschichte zu sein, läßt sich nie wirklich rationales Bewußtsein herstellen. Den Beweis seiner Legitimität kann das Tribunal also nie vor der Gesellschaft selbst, sondern vor der Geschichte einlösen. Die einzige Rechtfertigung, die sie für den Augenblick einlösen können, ist die „Annahme ..., daß es rationale Kriterien zur Bestimmung der Möglichkeiten menschlicher Freiheit und menschlichen Glücks gibt, die einer Gesellschaft in einer spezifischen geschichtlichen Situation zu Gebote stehen". (S. 132) Eine Revolution ist allein dann ethisch begründet, wenn sie die Chance vergrößerter Freiheit vorher nachweisen kann – „in dem Maße, wie die historischen Bedingungen des Fortschritts nachweisbar sind". (S. 142) Und allein hierin gründet für Marcuse das Argument gegen den Einwand, daß Revolutionen Opfer kosten. „Wer kann die von einer bestehenden Gesellschaft geforderten Opfer quantifizieren und mit jenen vergleichen, die von ihrer Umwälzung gefordert werden? Sind zehntausend Opfer sittlicher als zwanzigtausend? So sieht in der Tat die unmenschliche Arithmetik der Geschichte aus, und in diesem unmenschlichen historischen Zusammenhang spielt sich der historische Kalkül ab. Berechenbar sind die verfügbaren materiellen und geistigen Ressourcen, berechenbar sind die produktiven und distributiven Möglichkeiten in einer Gesellschaft und das Ausmaß unbefriedigter lebenswichtiger Bedürfnisse und befriedigter nicht lebenswichtiger Bedürfnisse." (S. 143) Berechenbar aber auch sind die möglichen Toten eines Atomkrieges, nicht allerdings zur Rechtfertigung der Opfer einer Revolution, hier stimme ich Marcuse zu, sondern zur Rechtfertigung der Revolution selber.

Diese Gesellschaft, die selbst erst durch eine Revolution den Sieg errang, hat mit ihr die ethische Begründung einer zukünftigen Revolution geliefert, die sich nun gegen sie selbst wendet – nicht aber, wie Marcuse tendenziell dazu neigt, weil „Freiheit ein historischer Prozeß" und damit Revolution eine gleichsam immanente Forderung der Geschichte ist, ähnlich also wie bei Sartre permanent wird, sondern die Ideen der Revolution durch die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht verwirklicht werden konnten. Zwar sichert Marcuse mit seiner historischen Relativierung die Freiheit vor jeder dogmatischen Pacht durch eine Gesellschaft, impliziert aber gleichzeitig, daß die Menschen nie vollkommen, sondern nur immer annähernd eine Gesellschaft einrichten können, die wirklich frei ist.

Gunnar Matthiessen

Weg des Rüstungswettlaufs verlassen könnten. Für eine solche Politik tritt die Kampagne mit den Ostermärschen 1966 ein.

Die Vorschläge der Kampagne für Abrüstung lauten:

Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen

- Die Bundesrepublik soll den Abschluß eines Vertrages gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen nicht länger durch ihre Forderung nach atomarer Verfügungsgewalt blockieren.

Stopp der Rüstung auf beiden Seiten

- Die Bundesrepublik, Polen, die CSSR und die DDR sollen den endgültigen Verzicht auf Herstellung, Erprobung und Besitz von Atomwaffen, auf jede Verfügung über Atomwaffen sowie jede Beteiligung an atomaren Waffensystemen erklären.
- Die Kernwaffenbestände im Gebiet dieser Länder sollen nicht weiter vermehrt werden.
- Die Rüstungsetats dieser Länder sollen nicht weiter gesteigert werden.

Herabsetzung der Rüstung auf beiden Seiten – Atomwaffenfreie Zone

- Die Rüstungsetats in den vier Ländern sollen stufenweise verringert werden.
- Die Bundesrepublik Deutschland, Polen, die CSSR und die DDR sollen den Verzicht auf die Lagerung fremder Atomwaffen erklären und die Bildung einer international kontrollierten atomwaffenfreien Zone einleiten.
- Eine europäische Sicherheitskonferenz soll einberufen werden.

Mitarbeit an der Strategie des Friedens – Forschung und Erziehung für Abrüstung

- Die Bundesrepublik soll die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten ausbauen, um die Entspannung in Europa voranzutreiben.
- Die Bundesrepublik soll alle Vorschläge unterstützen, die auf die Erweiterung des atomaren Teststopp-Abkommens, ein Abkommen zur Verhütung von Überraschungsangriffen und eine allgemeine kontrollierte Abrüstung hinzielen.
- Die Bundesrepublik soll das Amt für Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung instandsetzen, die hier vorgeschlagenen politischen Schritte fachlich vorbereiten. Der Deutsche Bundestag soll einen Ausschuß für Abrüstungsfragen bilden.
- Die Bundesrepublik soll Forschungsarbeiten zu Fragen der Rüstungskontrolle, der Abrüstung und der internationalen Zusammenarbeit fördern und solche Themen zum Gegenstand der Schulbildung und der außerschulischen Bildung machen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich international für die Einstellung der Kampfhandlungen in Vietnam auf der Grundlage des Genfer Abkommens von 1954 einzusetzen und keine Hilfe für den Krieg in Vietnam zu gewähren.

Mit diesen Vorschlägen der Kampagne für Abrüstung ist eine realistische Alternative zur bisherigen Politik der Bundesregierung beschrieben. Diese Politik der Sicherheit durch Abrüstung ist zugleich ein Beitrag zum Ausbau der Demokratie und eine Alternative zu jener Militarisierung des öffentlichen Lebens, wie sie in den Notstandsgesetzen Ausdruck findet. Es liegt im Interesse der Demokratie, zusätzliche Notstandsgesetze zu vermeiden und die bereits beschlossenen Notstandsgesetze wieder rückgängig zu machen.

Wer es gut meint mit Deutschland, tritt für eine Politik der Entspannung und Abrüstung ein. Wer der Sache der Abrüstung zustimmt, sollte die Kampagne für Abrüstung zu seiner Sache machen. Wir bitten unsere Mitbürger:

- Prüfen Sie die Vorschläge der Kampagne für Abrüstung.
- Sorgen Sie für eine Diskussion über einen Beitrag der Bundesrepublik zur Abrüstung.
- Arbeiten Sie mit in den Ausschüssen der Kampagne für Abrüstung, die unabhängig von jeder parteipolitischen Bindung ist.
- Nehmen Sie teil an den Ostermärschen 1966.

Kampagne für Abrüstung
– Ostermarsch der Atomwaffengegner –
Zentraler Ausschuß

Hurra –
gewonnen
und außerdem
gespart
SPRENGER
PS
durch
PRÄMIEN
SPAREN
bei der
SPARKASSE DER STADT KÖLN
HAUPTSTELLE HABSBURGERRING 2-12 ZWEIGSTELLEN IN ALLEN STADTTEILEN